

**Anmerkungen**

- [1] Nach dem „Krupp-Rahmenplan zur Stufenausbildung“ (1965) sollte „eine breitere Grundausbildung und eine schrittweise höhere Qualifizierung nach pädagogisch-didaktischen Gesichtspunkten“ mit der „Struktur des Qualifizierungsbedarfs moderner Industriebetriebe“ in Einklang gebracht werden (DIHT 1965, S. 27), wobei mit der vertikalen und horizontalen Gliederung (in Qualifikationsebenen oder Ausbildungsabschnitte) noch prinzipielle Durchlässigkeit verbunden ist. Mit der Ablösung des Konzepts der gestuften Ausbildung durch das Modell der differenzierten Ausbildung ist das Prinzip der Durchlässigkeit faktisch aufgehoben worden.
- [2] Gegen Ende der 60er Jahre war der weitaus überwiegende Teil der Lehrlinge in einer 3jährigen bzw. 3½jährigen Ausbildung: Im Jahre 1968 entfielen auf die 1 345 685 Lehrverhältnisse 5 % auf eine Ausbildungszeit von 2 bis 2½ Jahren, 68 % auf eine 3jährige und 27 % auf eine 3½jährige Ausbildungszeit. Von den insgesamt 1 392 235 Lehr- und Anlernverhältnissen waren 46 550 Anlernverhältnisse, d. h. 3 Prozent, wobei die Anlernlinge überwiegend Mädchen waren (BMAS, 1968, S. 5).

**Literatur**

- Althoff, H.: Erschließung von Ausbildungsplatzreserven durch Kürzung individueller Ausbildungszeiten. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP), 5/1976
- (BDA) Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Hrsg.): Arbeitsmarktentwicklung und Situation der Jugend, Köln, 1976
- Bartscherer, G.: Neuordnung der Metallberufe als Beitrag zur Milderung der Jugendarbeitslosigkeit — aus der Sicht eines Großunternehmens der Automobilindustrie. In: Schlawke, W. (Hrsg.): Jugendarbeitslosigkeit, Köln, 1976
- Braun, F. / Weidacher, A.: Materialien zur Arbeitslosigkeit und Berufsnot Jugendlicher, München, 1976
- Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung (BMAS): Lehrlinge und Anlernlinge in der Bundesrepublik Deutschland 1968, Beilage zum Heft 11/1969 der „Arbeits- und sozialstatistischen Mitteilungen“
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (BMBW): Die anerkannten Ausbildungsberufe. Ausgabe 1975. Bonn, o. J.

- Dannenmann, A.: Sozialpädagogische Maßnahmen freier Träger des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschland e. V. In: Sozialpädagogische Aspekte der Jugendarbeitslosigkeit, Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (Hrsg.) Köln, 1976
- DIHT: Berufsausbildung 1964. Schriftenreihe Heft 96. Bonn, 1965.
- Drexel, I. / Nuber, Ch. / v. Behr, M.: Zwischen Anlernung und Ausbildung. Qualifizierung von Jungarbeitern zwischen Betriebs- und Arbeitnehmerinteressen. Frankfurt/München, 1976
- Geer, R.: Neuordnung der Metallberufe als Beitrag zur Milderung der Jugendarbeitslosigkeit — aus der Sicht des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände. In: Schlawke, W. (Hrsg.): Jugendarbeitslosigkeit, Köln, 1976
- Gerstenberger, F. / Chaberny, A. / Gottwald, K.: Entwicklungstendenzen im Beschäftigungssystem. Stuttgart, 1976. Gutachten und Studien der Bildungskommission Bd. 57
- Grupp, R.: Berufliche Bildung Behinderter. In: Bundesarbeitsblatt 3/1976
- Hindenburg, K.-L. / Schulz, H.: Berufliche Starthilfen für Schulabbrecher und Ungelernte, Köln, 1976.
- Kuhlewind, G. / Mertens, D. / Tessaring, M.: Zur drohenden Ausbildungskrise im nächsten Jahrzehnt. Eine Modellrechnung zur Aufnahmefähigkeit des berufsbildenden Bildungssystems für Übergänger aus dem allgemeinbildenden Schulsystem bis 1990. Verv. Ms (IAB), Nürnberg, 1975
- Lutz, B.: Überlegungen zu kapazitätserweiternden Maßnahmen außerhalb der Hochschulen. In: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): Die geburtenstarken Jahrgänge und die Aufnahmefähigkeit des Bildungssystems. Verv. Ms Mai 1976
- Mertens, D.: Beziehungen zwischen Qualifikation und Arbeitsmarkt. In: Schlawke, W. (Hrsg.): Jugendarbeitslosigkeit, Köln, 1976
- Schlawke, W. (Hrsg.): Jugendarbeitslosigkeit. Unlösbare Aufgabe für das Bildungs- und Beschäftigungssystem? Köln, 1976.
- Uthmann, K. J. / Hulsmann, S.: Sind für „Lernbehinderte“ neue Ausbildungsberufe notwendig? Möglichkeiten der beruflichen Eingliederung lernbehinderter Jugendlicher. In: Wirtschafts- und Berufserziehung 8/1976

Barbara Meifort

## Das Ausbildungsangebot für Mädchen

**Wie die statistischen Aufgaben über arbeitslose junge Frauen zeigen, schützt Berufsausbildung nicht generell vor Arbeitslosigkeit, vor allem nicht bei einer Konzentration weiblicher Auszubildender auf relativ wenig Ausbildungsberufe, Wirtschaftszweige und auf die untersten Stufen im beruflichen Qualifizierungssystem. Das vorliegende Material über die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots für Mädchen zeigt keinen Abbau der Benachteiligung der Mädchen im Berufsbildungssystem und den daran anknüpfenden Beschäftigungs-, Aufstiegs- und Einkommenschancen. Es ist eher noch zu vermuten, daß sich mit steigenden Zahlen von Schulabsolventen bei gleichbleibendem oder sogar schrumpfendem Angebot an Ausbildungsplätzen die Benachteiligungen weiter verstärken werden. Eine Forderung nach globaler Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots — ohne Struktur- und Qualitätsanforderungen — würde die Benachteiligungen in der Frauenerwerbstätigkeit, sowie deren Auswirkungen auf die soziale Sicherung der Frau festschreiben.**

### 1. Geschlechtsspezifische Arbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit entwickelt sich offensichtlich zu einer Mädchenarbeitslosigkeit. Nach den Auswertungsergebnissen der Bundesanstalt für Arbeit vom Ende Mai 1976 (ANBA Nr. 11, 1976, S. 1151 ff.) steht einem kräftigen Rückgang der arbeitslosen jungen Männer unter 20 Jahren gegenüber dem Vorjahr (— 16,1 v. H. auf 38 900) eine entsprechende Erhöhung der Zahl der arbeitslosen Frauen (+ 16,0 v. H. auf 46 100) gegenüber. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß gerade bei den jungen Mädchen zusätzlich mit einer beträchtlichen „stillen Reserve“ gerechnet werden muß. Die Arbeitslosigkeit junger Frauen hat in allen Altersgruppen der erfaßten arbeitslosen Jugendlichen zugenommen (besonders

stark bei den unter 18jährigen: + 24,0 v. H.) und ist sowohl bei den Frauen, die noch nicht erwerbstätig waren (+ 10,7 v. H.) als auch bei denjenigen, die bereits erwerbstätig waren (+ 16,9 v. H.) im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit junger Männer angestiegen.

Da die arbeitslosen jungen Frauen ohne abgeschlossene Berufsausbildung immer noch überwiegen und nur ein geringfügiger Anteil von ihnen an einer Ausbildung interessiert ist, muß bezweifelt werden, ob sich — gerade unter dem Eindruck der Bildungseuphorie der letzten Jahre — überhaupt etwas im Bereich der beruflichen Bildung für Mädchen getan hat. Weder Schule noch Berufsberatung waren in der Lage, diese Ausbildungsverzichter zu motivieren. Aber selbst jene jungen Frauen, die — noch nicht vom Ausbildungsplatzmangel abgeschreckt — eine Berufsausbildung abgeschlossen hatten, sind zum großen Teil völlig unzureichend beraten worden. Immerhin konnten nämlich von 46 100 arbeitslosen jungen Frauen beinahe ein Drittel eine abgeschlossene Berufsausbildung (Lehre) vorweisen, und gerade in dieser Gruppe stieg die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr um 41 v. H.

Beinahe die Hälfte der arbeitslosen jungen Frauen mit Berufsausbildung gehört zur Gruppe der Warenkaufleute (40 v. H.), davon haben 30 v. H. den Beruf der Verkäuferin gelernt (99,6 v. H. im dualen System), ein Fünftel der arbeitslosen jungen Frauen hat einen Organisations-, Verwaltungs- bzw. Büroberuf erlernt, 19 v. H. von ihnen sind Bürofach- oder Bürohilfskräfte (zu 94 v. H. mit betrieblicher Berufsausbildung). Mit Abstand, aber dann in dichter Folge, erscheinen in der Arbeitslosenstatistik der jungen Frauen mit Berufsausbildung die Berufe der Sprechstundenhelferin, der Friseurin, der technischen Zeichnerin (ANBA, Nr. 11, 1976, S. 1157, Tabelle 6).

Die Konzentration auf den Dienstleistungsbereich und die berufsfachlichen Schwerpunkte der jungen Frauen dienen als Erklärung dieser überhöhten Arbeitslosenquoten, doch legitimiert diese Erklärung die Situation nicht. Zwar können Bildungspolitiker, Arbeitsmarktpolitiker, Lehrer, Berufsberater und Arbeitgeber mit dem Hinweis auf die Freiheit der Berufswahl und das traditionelle Berufswahlverhalten der jungen Frauen ihr Gewissen beruhigen. Mit derartigen Erklärungen wird jedoch lediglich ungerechtfertigt individuelle Schuld bei den Betroffenen und deren Eltern erzeugt; eine Lösung bieten sie jedoch nicht. Wenn Schule, Berufsberatung und (öffentliche und private) Anbieter von Ausbildungsstellen nicht gezielte Veränderungen tradiert Verhaltensmuster anstreben und Alternativen im Ausbildungsangebot schaffen, bleibt zu fragen, welche Möglichkeiten denn die Betroffenen haben, von sich aus Veränderungen zu schaffen.

Bisher jedenfalls waren die Berufsbildungschancen der Mädchen objektiv geringer als die der Jungen, wenn man das der Arbeitsverwaltung gemeldete Angebot an Ausbildungsstellen zugrundelegt. Das Ausbildungsangebot für den weiblichen Berufsnachwuchs wurde in den vergangenen Jahren in weit höherem Maße ausgeschöpft als das Angebot für den männlichen Berufsnachwuchs — trotz höherer Ausbildungsquoten bei den Jungen [1]. Es ist anzunehmen, daß mit allgemein steigenden Zahlen von Schulabgängern bei gleichbleibendem oder sogar schrumpfendem Angebot an Ausbildungsplätzen die Mädchen mit niedrigerer schulischer Qualifikation (die Haupt- oder Sonderschülerinnen) bereits wieder auf traditionelle Verhaltensmuster abgedrängt werden, ehe sie die Fragwürdigkeit der geschlechtsspezifischen Rollenteilung überhaupt erkannt haben.

## 2. Qualifikationsdruck und Verdrängungseffekt

Eine Benachteiligung der Mädchen im Berufsbildungssystem wird nicht durch eine allgemeine Anhebung des Bildungsniveaus aufgehoben. Zwar ist das Verhältnis zwischen Jungen und Mädchen im allgemeinbildenden Schulsystem inzwischen ziemlich ausgeglichen [2], doch wird die gestiegene Zahl der Schulabgängerinnen mit mittlerem und höherem Schulabschluß bei allgemein steigenden Schulentsorgungsjahrgängen weiter ansteigen, ohne daß eine Erweiterung ihres Berufsspektrums in Sicht ist. Ein weiteres Eindringen der Mädchen in (traditionelle) Berufe für männliche Schulabgänger dürfte bei der zunehmenden Anspannung im Ausbildungsplatzangebot nur wenigen gelingen, sofern sie es überhaupt versuchen sollten.

Eine Abdrängung von Numerus-clausus-geschädigten oder abgeschreckten Abiturientinnen [3] — z. B. angesichts der Lehrerarbeitslosigkeit — grenzt das Berufsspektrum der Realschülerinnen ein, so daß sich selbst für die ausbildungswilligen und -motivierten Haupt- und Sonderschülerinnen die Chancen für eine qualifizierte betriebliche Ausbildung weiter reduzieren. Dieser Verdrängungseffekt niedrigerer durch höhere Qualifikationen wurde aus den Ergebnissen der Berufsberatung in den Jahren 1973/74 bereits voll sichtbar (Berufsberatung 1973/74, Oktober 1975) [4].

Die Zuordnung von formalen Schulabschlüssen zu bestimmten Ausbildungsberufen ist beim weiblichen Berufsnachwuchs angesichts des relativ hohen Anteils [5] an „sonstigen“ Ausbildungsberufen (das sind die typisch weiblichen Assistentinnen- bzw. Gehilfinnenberufe) nicht starr; das läßt sich z. B. durch die gesellschaftliche Bewertung weiblicher Erwerbstätigkeit erklären. Danach wird die Berufstätigkeit von Frauen häufig immer noch als etwas Vorübergehendes betrachtet; Dienen, Helfen, Assistieren werden als Grundzüge weiblicher Wesensart angesehen und vor allem als nützliche Lebensvorbereitung anerkannt. Tätigkeiten, in denen diese Inhalte im Mittelpunkt stehen, werden deshalb häufig unabhängig vom formalen Schulabschluß von Mädchen angestrebt, weil die dazugehörigen Ausbildungsgänge nicht ohne weiteres eine Niedrigqualifikation erkennen lassen.

Für diese Berufe (Rechtsanwaltsgehilfin, Arzt- und Zahnarztgehilferin, Gehilfin in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen etc.), die schon immer eine Domäne der Bewerberinnen mit mittlerem Schulabschluß gewesen sind — abgesehen von der Hauswirtschaftsgehilfin — haben sich die Chancen für Bewerberinnen ohne mittleren Abschluß in den letzten 2 Jahren stark verringert.

Die Zunahme der Ausbildungsverhältnisse 1974/75 in diesem Bereich um 6,6 v. H. bei den weiblichen Auszubildenden (BAFB 1975, S. 14) kam daher überwiegend den bereits bildungsmotivierten Mädchen mit qualifizierter Schulbildung zugute.

Auch in den kaufmännischen Berufen haben sich die Chancen zur qualifizierten Ausbildung für Mädchen ohne zumindest mittleren Schulabschluß verringert. Das gilt z. B. für Ausbildungsberufe wie Bürogehilfin, -kaufmann, Groß- und Außenhandelskaufmann, Industriekaufmann, Bankkaufmann. Die letzten beiden Berufe werden sogar zunehmend in die Ausbildungsüberlegungen der Schulabsolventinnen mit Fachhoch- und Hochschulabschluß einbezogen. Selbst in die für Hauptschulabsolventinnen unvermindert an erster Stelle stehenden Ausbildungsberufe zur Verkäuferin und Friseurin strömen zunehmend qualifiziertere Schulabgängerinnen (BB 1973/74, S. 38 ff.)

## 3. Benachteiligung der Mädchen durch die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots

Eine Förderung der Berufsbildung für Frauen ist besonders dringlich, denn nur die Hälfte der erwerbstätigen Frauen hat eine Berufsausbildung gegenüber zwei Drittel der erwerbstätigen Männer. Außerdem ist der Anteil weiblicher Schüler an den Gesamtschülerzahlen an beruflichen Schulen rückläufig [6].

Wie die Auswertung der Arbeitslosenstatistik jedoch zeigt, schützt eine Berufsausbildung nicht generell vor Arbeitslosigkeit, vor allem nicht bei einer Konzentration einer bestimmten Gruppe auf relativ wenige Ausbildungsberufe. Im Zuge des Nachholbedarfs an Berufsbildung für Frauen wäre eine zusätzliche Erschließung qualifizierter Ausbildungsmöglichkeiten in anderen Berufsgruppen als bisher erforderlich, denn für die Arbeitslosigkeit von Frauen wird immer wieder die berufsfachliche Konzentration — vor allem auf Dienstleistungsberufe — verantwortlich gemacht. Andererseits stellt die Berufsberatung fest, daß bei über 50 v. H. der Schulabgängerinnen aller Schulstufen, die die Berufsberatung aufsuchen, die Dienstleistungsberufe — kaufmännische, Gesundheits- und Sozialpflegeberufe — sowie der Lehrerinnenberuf weiterhin an der Spitze der Berufswünsche stehen. Und es wird in derselben Veröffentlichung hinzugefügt: „Die Realisierungschancen werden häufig schon in der Nennung des Berufswunsches berücksichtigt.“ (BB 1973/74, S. 28). Demnach müssen alternative Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen einfach fehlen. Zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten — etwa im gewerblich-technischen Bereich — zu erschließen, scheitern offensichtlich, denn die ohnehin schon geringfügigen Anteile weiblicher Auszubildender entwickeln sich in diesen Berufsbereichen bereits seit Jahren rückläufig.

### 3.1. Das Ausbildungsangebot nach Wirtschaftsbereichen

Bislang fehlt es aber nicht nur an der Erschließung neuer, weniger geschlechtsspezifischer Ausbildungsberufe für Mädchen. Auch die Entwicklung des Ausbildungsangebots in den herkömmlichen Berufsschwerpunkten der Frauen zwischen den Wirtschaftsbereichen ist problematisch. Nach den Ergebnissen der Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung schwankt die Qualität der Berufsausbildung — bei aller Problematik, die Durchschnittsgrößen aufweisen — beträchtlich zwischen Betrieben der Kammerbereiche Industrie, Handel und Handwerk, sowie nach Betriebsgröße (Bundestagsdrucksache 7/1811).

Im Bereich von Industrie und Handel ging zwischen 1971 und 1975 die Zahl der Auszubildenden um 13 v. H. zurück, in den kaufmännischen Berufen — der Domäne des weiblichen Nachwuchses — sogar um 17 v. H. (DIHT, Nr. 156, S. 90). Die Zahl der weiblichen Auszubildenden im Bereich von Industrie und Handel [7] verringerte sich zwischen 1971 und 1975 um 16 v. H.; allein in den letzten zwei Jahren (1973/75) war der Rückgang mit 12 v. H. doppelt so stark wie bei den männlichen Jugendlichen (BAFB, 1975, S. 13). Andererseits geht die seit 1971 kontinuierlich steigende Zahl von Auszubildenden im Handwerk voll auf das Konto der weiblichen Auszubildenden, während sie bei den Jungen seit 1973 wieder relativ sinkt. Ähnlich verhält sich die Situation im Bereich der Landwirtschaft [8]. Auch insofern läßt das vorliegende Material über die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots für Mädchen erwarten, daß sich die geringeren Ausbildungschancen der Mädchen noch verschlechtern werden.

Mit dieser Entwicklung kann weder die grundsätzliche Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft noch ein „Gesund-schrumpfen“ des Ausbildungsangebots im Zuge erhöhter Ausbildungsqualität aufgrund des Berufsbildungsgesetzes begründet werden. Viel eher läßt sich vermuten, daß bei der Berufsausbildung von Mädchen Qualitätskriterien zu wenig im Vordergrund stehen.

Die Ausbildungsqualität des Handwerks soll damit gar nicht generell in Frage gestellt werden. Diese Entwicklung ist aber zumindest auch bezüglich der (zukünftigen) Beschäftigungschancen für Fachkräfte im Handwerk problematisch. So wechselt ein hoher Anteil der im Handwerk ausgebildeten männlichen Erwerbspersonen in andere Wirtschaftsbereiche; damit ist aber häufig nicht nur ein Berufswechsel, sondern auch ein Wechsel in un- und angelernte Tätigkeiten verbunden (Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1973, H. 1, S. 37 ff.). Angesichts der hohen Unterbrechungsquote in der Erwerbstätigenphase von Frauen und dem hohen Anteil von teilzeit-beschäftigten Frauen ist zu vermuten, daß von den im Handwerk ausgebildeten Frauen — ebenso wie bei den Berufsverläufen männlicher Erwerbspersonen — ein hoher Anteil nach der Ausbildung im Handwerk gezwungen ist, eine unqualifizierte Tätigkeit auszuüben.

### 3.2. Das Ausbildungsangebot nach Niveau und Qualität

Die begrenzten Berufsbildungschancen und die daran anknüpfenden Beschäftigungs-, Aufstiegs- und Einkommenschancen der Frauen werden noch durch die Konzentration der weiblichen Auszubildenden auf die untersten Qualifizierungsstufen verschärft. So war der seit Jahren an der Spitze der Berufswünsche stehende Beruf zur Verkäuferin (Anteil an allen weiblichen Auszubildenden 1975: 11,6 v. H.; BAFB 1975, S. 18) mit nur 2jähriger Ausbildung durchschnittlich zu 80 v. H. mit weiblichen Auszubildenden besetzt. Demgegenüber waren in der darauffolgenden zweiten Qualifizierungsstufe zum Einzelhandelskaufmann nur noch gut die Hälfte der Auszubildenden weiblich (BAFB, 1975, S. 31).

Nun gingen zwar die Ausbildungsmöglichkeiten für Verkäuferinnen mit zweijähriger Ausbildung im Bereich der IHK seit 1972 um 17 v. H. zurück; demgegenüber stieg jedoch das Ausbildungsangebot für Verkäuferinnen mit dreijähriger Ausbildungsdauer im Nahrungsmittelhandwerk (wozu auch die sogenannten Gewerbegehilfinnen im Bäcker-, Fleischer- und Konditorhandwerk zählen; Ausbildungsgänge, die fast vollständig mit weiblichen Auszubildenden besetzt sind) seit 1972 stetig an und hat sich bis 1975 um nahezu 60 v. H. erhöht (BAFB 1975, S. 31).

Insgesamt gesehen hat sich damit das Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten zur Verkäuferin zwischen 1968 und 1975 fast verdoppelt (35 500 — 69 600), während sich die Ausbildungsmöglichkeiten zum Einzelhandelskaufmann bis auf ein Viertel des damaligen Angebots reduzierten (138 600 — 31 600 DIHT, 156, S. 58). Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Ar-

beitslosenstatistik vom Mai 1976 zeigt andererseits, daß von den weiblichen Arbeitnehmern unter 20 Jahren 40 v. H. Warenkaufleute waren, und zwar 30 v. H. Verkäuferin, aber nur 6 v. H. Kaufmann (Groß- und Einzelhandelskaufmann sowie Einkäuferin) (ANBA, 11/1976, S. 1157). Von einer Stabilisierung der Relation — wie der DIHT meint (75/76, 156, S. 58) — kann deshalb zumindest nicht vom Standpunkt der Auszubildenden angesprochen werden. Als Gründe für die rückläufige Beteiligung des Einzelhandels an der Ausbildung Jugendlicher im Bereich der IHK wird z. B. auf den Strukturwandel im Einzelhandel hingewiesen. Damit wird die Berichtigung der Forderung nach einer öffentlichen Verantwortung der betrieblichen Ausbildung erhartet, weil nicht vorausgesetzt werden kann, daß es primäres Ziel von Unternehmen wäre, bei Anpassungsmaßnahmen an veränderte Marktbedingungen zugleich auch die Ausbildungsinteressen Jugendlicher voll zu berücksichtigen.

Ähnliche Zuordnungen zu den untersten Qualifikationsniveaus zeigen sich auch in anderen Ausbildungsberufen, so z. B. beim Technischen Zeichner. Während der Ausbildungsgang von 3½ Jahren 1975 nur gut zur Hälfte von Mädchen absolviert wurde, befanden sich in dem nur zweijährigen Ausbildungsgang zur Teilzeichnerin zu 90 v. H. Mädchen.

### 4. Für eine chancengleiche Berufsausbildung junger Frauen

Eine Forderung nach globaler Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots — ohne besondere Struktur- und Qualitätsanforderungen — ist deshalb verantwortungslos. Mit dem Hinweis auf die steigenden Zahlen weiblicher und männlicher Schulabgänger in den kommenden Jahren werden Qualitätskriterien in der Diskussion um Ausbildungsplätze jedoch immer spärlicher. Andererseits gibt es keine Legitimation für die Aussage, daß „irgendeine“ Ausbildung besser sei als „gar keine“, da „gar keine“ Ausbildung nicht als Alternative zu „irgendeiner“ Ausbildung angesehen werden kann. Damit würde lediglich die Zufälligkeit der Bildungschancen als selbstverständlich und unveränderlich akzeptiert werden. Akzeptiert man auch in Zukunft, daß in der Berufsausbildung der Mädchen die Konzentration auf relativ wenige Berufe, Wirtschaftszweige und auf die untersten Stufen im beruflichen Qualifizierungssystem bestehen bleiben, so können die Forderungen nach einem Abbau der bisherigen Benachteiligungen in der Frauenerwerbstatigkeit, wie z. B. durchschnittlich niedrigere Bezahlung, geringere Aufstiegsmöglichkeiten, größeres Arbeitsplatzrisiko und schlechtere soziale Sicherung nur als rein verbale Beteuerungen aufgefaßt werden. Zumindest wegen der vorrangigen Orientierung des Systems der sozialen Sicherheit am Prinzip der Erwerbstatigkeit generell und an der Stellung im Beschäftigungssystem im besonderen ist eine zukunftsorientierte berufliche Bildung für Frauen ein zentraler Ansatzpunkt, um den Kreis der Benachteiligung an einer Stelle aufzubrechen [9]

#### Abkürzungen

ANBA: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit

BB: Berufsberatung 1973/74, Bundesanstalt für Arbeit

BAFB: Berufliche Aus- und Fortbildung, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

#### Anmerkungen:

- [1] Der Anteil weiblicher Auszubildender an den Auszubildenden insgesamt betrug 1960 — 35,7 v. H.; 1965 — 36,4 v. H.; 1970 — 35,3 v. H.; 1975 — 35,4 v. H. (Grund- und Strukturdaten 1976, S. 74 und BAFB 1975, S. 14) 1972/73 wurden in den 15 vom männlichen Berufsnachwuchs als besonders attraktiv empfundenen Berufen die insgesamt der Arbeitsverwaltung bekanntgegebenen Berufsausbildungsstellen in 3 Berufsbereichen zu über 90 v. H. ausgeschöpft, 1973/74 bereits in 11 Berufen; demgegenüber wurde das Ausbildungsangebot beim weiblichen Berufsnachwuchs 1972/73 bereits in 8 Berufen so stark ausgeschöpft, 1973/74 wurde das gemeldete Angebot bis auf einen Beruf in allen übrigen 14 Berufen zu 90 v. H. und weit darüber ausgeschöpft, in 9 Berufen sogar zu über 97 v. H. (BB 1973/74, S. 38 f.).
- [2] Durchschnittlicher Anteil der Mädchen an allen Schülern der allgemeinbildenden Schulen: 49 v. H. (1975) Grund- und Strukturdaten 1976, S. 28.

- [3] Nach der Abiturientenbefragung 1976 d. Stat. Bundesamtes ist die Studierwilligkeit bei Abiturienten auf 75,3 v. H. gesunken, bei Abiturientinnen beträgt sie sogar nur 70,4 v. H.
- [4] Dieser Verdrängungseffekt besteht auch bei Jungen, doch angesichts des geringeren Ausbildungsplatzangebots für Mädchen ist er hier wesentlich stärker.
- [5] Unter den 15 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen, in denen sich 75 v. H. aller weiblichen Auszubildenden befinden, stellen die „sonstigen“ Berufe ein Drittel; Grund- und Strukturdaten 1976, S. 78.
- [6] Anteil weiblicher Schüler an den Gesamtschülerzahlen an beruflichen Schulen insgesamt 1960 — 46 v. H.; 1975 — 44,5 v. H.; Berufsfachschulen 1960 — 68,4 v. H.; 1975 — 66,2 v. H.; Berufs- und Berufssonderschulen 1960 — 44,1 v. H.; 1975 — 40,2 v. H.; der Anteil weiblicher Auszubildender an den Auszubildenden insgesamt betrug 1960 — 35,7 v. H.; 1965 — 36,4 v. H.; 1970 — 35,3 v. H., 1975 — 35,4 v. H.; Grund- und Strukturdaten 1976, S. 74 und BAFB, 1975, S. 14.
- [7] Ohnehin sind nur etwa 40 v. H. der Auszubildenden in diesem Bereich weiblich, BAFB, 1975, S. 13.
- [8] Männliche Auszubildende im Handwerk: 1972/73 + 8,3 v. H., 1973/74. + 4,0 v. H., 1974/75 + 2,2 v. H.; Landwirtschaft 1974/75: 19,1 v. H.; weibliche Auszubildende im Handwerk: 1972/73 + 1,9 v. H., 1973/74 + 7,4 v. H., 1974/75 + 10,5 v. H.; Landwirtschaft 1974/75. + 25,3 v. H. — BAFB 1975, S. 13.
- [9] Auf den Zusammenhang zwischen Rollenteilung der Geschlechter, Ausbildung und beruflicher Identifikation der Frau, Familienbindung der Frau, Unstetigkeit der Erwerbsphase, Teilzeitarbeit, beruflicher Stellung, Einkommen, Beschäftigungssicherheit und die Auswirkungen dieser Aspekte auf die soziale Sicherheit der Frau kann hier nur hingewiesen werden; der Zusammenhang wird u. a. im Zwischenbericht der Enquête-Kommission Frau und Gesellschaft, BT-Drucksache 7/5866, sowie in dem im Januar 1977 veröffentlichten Bericht der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel an die Bundesregierung beleuchtet.

Doris Elbers und Helga Gafga

## Entwicklung und Erprobung von Lernangeboten für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag

Die bisherige bildungspolitische Forderung, daß jeder Jugendliche eine berufliche Ausbildung erhalten sollte, droht in der gegenwärtigen Ausbildungskrise in den Hintergrund zu geraten. Betroffen sind vor allem Jungarbeiter und potentielle Jungarbeiter, also Jugendliche, die „freiwillig“ auf eine Ausbildung verzichten und für die bisher Möglichkeiten zur Reintegration in das Bildungssystem gesucht wurden.

In dem Projekt „Entwicklung und Erprobung von Lernangeboten für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag“ geht das BiBB von dem bisherigen bildungspolitischen Postulat nach einer beruflichen Ausbildung für alle Jugendlichen aus, es bezieht die durch die gegenwärtige Jugendarbeitslosigkeit entstandene Entwicklung ein und versucht auf diesem Hintergrund ein didaktisches Konzept zu entwickeln und in einem Modellversuch zu erproben, mit dessen Hilfe die Zahl der Jungarbeiter auch langfristig gesenkt werden kann.

Im BiBB wird gegenwärtig ein Modellversuch zur beruflichen Qualifizierung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag vorbereitet. Das Konzept zu diesem Modellversuch, das weiter unten abgedruckt ist, wurde in der Zeit vom 22. 11. bis 24. 11. 1976 in Berlin in einem Expertengespräch zur Diskussion gestellt. Die Teilnehmer dieses Expertengesprächs, Mitarbeiter an wissenschaftlichen Instituten, Mitarbeiter in Insti-

tutionen der Bildungsverwaltung und Vertreter der Bildungspraxis akzeptierten einheitlich die in dem Konzept vertretene Auffassung, daß Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, Jungarbeiter und potentielle Jungarbeiter mit Hilfe bildungspolitischer Maßnahmen und geeigneter didaktischer Konzepte zu einem vollwertigen beruflichen Abschluß geführt werden sollen. Ebenso einheitlich wurden einjährige Lehrgänge abgelehnt, die Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz auf eine Erwerbstätigkeit vorbereiten, oder den Jugendlichen Teilqualifikationen vermitteln, die de facto Endqualifikationen darstellen. In diesem Sinne wurde das unten abgedruckte Konzept voll unterstützt.

Es wurden auch kritische Argumente genannt, auf die hier hingewiesen werden soll: In dem vom BiBB geplanten Modellversuch wird, in Anlehnung an die Praxis der „Grünen Schule“ in Amsterdam versucht, potentielle Jungarbeiter in einem einjährigen Lehrgang zur Aufnahme einer Ausbildung zu motivieren und die dazu notwendigen Eingangsqualifikationen zu vermitteln. Es muß sichergestellt werden, daß die im Modellversuch betreuten Jugendlichen nach Abschluß des Lehrgangs einen Ausbildungsplatz erhalten. Mit Hilfe dieses Modellversuchs lassen sich jedoch keine zusätzlichen Ausbildungsplätze schaffen; daher setzt die Generalisierung des didaktischen Modells andere Maßnahmen zur Schaffung von

**Prof. Dr. Paul Gert von Beckerath, erster Vorsitzender des neuen Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) vollendete am 22. Januar 1977 sein 60. Lebensjahr. Für sein persönliches Wohlergehen und sein berufliches Wirken begleiten ihn alle guten Wünsche.**

Herr von Beckerath bringt durch seine berufliche Tätigkeit als Leiter des Zentralbereichs Personalwesen der BAYER AG, Leverkusen, als Honorarprofessor der Universität Bochum (für Personalwesen in der Wirtschaft) und durch seine Arbeit als Mitglied und Vorsitzender in zahlreichen Gremien der beruflichen Bildung (u. a. Berufsbildungsausschuß der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen

Personalia  
Prof. Dr. Paul Gert von Beckerath



Chemischen Industrie, Jugend- und Bildungsausschuß der Industriellen Arbeitgeberverbände NRW, Landesauschuß für Berufsbildung NRW, Studienkreis Schule/Wirtschaft NRW) vielfältige Erfahrungen in die Arbeit des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung ein.

In zahlreichen Veröffentlichungen, z. B. über die Bedeutung der betrieblichen Ausbilder für die Ausbildungspraxis, über das Problem der Gleichsetzung von Bildung und Ausbildung, über die Bedeutung der Praxisnahe betrieblicher Berufsausbildung und über die erzieherische Bedeutung der Berufsbildung hat Herr von Beckerath diese Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Fragen und Problemen der beruflichen Bildung zum Ausdruck gebracht.